

Dienstag, 27. Februar 2024

# «Poldi-Hopping» sorgt für Ärger

Silvia Steiners Massnahmen gegen Lehrermangel stossen im Kantonsrat auf Kritik.

Matthias Scharrer

Rund 620 Personen ohne Lehrdiplom, sogenannte Poldis, unterrichten zurzeit an Zürcher Schulen, Tendenz steigend. Wegen akuten Lehrermangels hatte Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) den Gemeinden 2022 erlaubt, auf Poldis zurückzugreifen. Damals stopften 530 undiplomierter Quereinsteiger die Lücken in den Schulen.

Nun ist absehbar, dass diese Notlösung auch im nächsten Schuljahr zur Anwendung kommt, wie Livia Knüsel (Grüne, Schlieren) am Montag im Kantonsrat sagte. Denn die Bevölkerung wächst weiter, während die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH), wo Lehrpersonen ihren Beruf erlernen können, zuletzt rückläufige Studierendenzahlen meldete. Laut ihrem Rektor Heinz Rhyh hat Letzteres auch damit zu tun, dass es nun im Kanton Zürich möglich ist, ohne Diplom zu unterrichten. Allerdings dürfen Schulkinder gemäss der geltenden Regelung nur ein Jahr von einer Poldi unterrichtet werden. Dies sorgte am Montag im Kantonsrat für Kritik an Bildungsdirektorin Steiner. Anlass bot die regierungsrätliche Antwort auf ein dringliches Postulat aus den Reihen von FDP und SVP.

## Forderung sei nicht erfüllbar

Die beiden Parteien hatten gefordert, die Anstellung von Poldis für jeweils mehr als ein Jahr zu erlauben. Das Parlament stellte sich mit grosser Mehrheit im Herbst 2022 hinter diese Forderung. Der Regierungsrat legte daraufhin einen Bericht vor. Und erklärte, warum die Forderung nicht erfüllbar sei. Sie verstosse nämlich gegen den in der Bundesverfassung garantierten Anspruch auf ausreichenden



Schülerinnen und Schüler sollten nicht schon nach einem Jahr wieder eine andere Lehrperson vorgesetzt bekommen, hiess es im Zürcher Kantonsrat. Symbolbild: Keystone

Grundschulunterricht. Dafür brauche es genügend ausgebildete Lehrpersonen, hielt die Regierung mit Verweis auf ein Bundesgerichtsurteil von 2016 fest.

Für die Ausnahmeregelung mit den Poldis stützt sich der Regierungsrat auf einen Passus aus dem Zürcher Lehrpersonalgesetz von 1999. Die Befristung auf jeweils ein Jahr zwingt die Gemeinden, eine adäquate dauerhafte Lösung für die Besetzung von Lehrpersonalstellen zu suchen. «Eine Ausdehnung der Frist würde bedeuten, dass Schülerinnen und Schüler über eine längere Zeit von einer Person ohne Lehrdiplom unterrichtet würden», schrieb der Regierungsrat.

Der Kantonsrat gibt sich mit dieser Antwort jedoch nicht zufrieden. Er anerkennt zwar, dass

Steiners Vorgehen geltendem Recht entspreche, beschloss aber am Montag eine abweichende Stellungnahme. Demnach sei aktuell nicht gewährleistet, dass Schülerinnen und Schüler höchstens ein Jahr lang von einer Poldi unterrichtet würden.

## «Nicht jedes Jahr eine andere Lehrperson»

Schulen hätten nämlich die Möglichkeit, nach einem Jahr für die gleiche Klasse eine andere Lehrperson ohne Zulassung anzustellen. Weiter heisst es in der vom Kantonsrat beschlossenen Stellungnahme: «Wenn eine Schulklasse, wie heute möglich, aufeinanderfolgend mehrere verschiedene nicht ausgebildete Lehrpersonen hat, ist damit niemandem gedient.» Zumal die

Poldis nach einem Jahr jeweils in einer anderen Gemeinde weiter unterrichten dürften. Christoph Ziegler (GLP, Elgg) kritisierte dies wie auch andere Kantonsratsmitglieder als «Poldi-Hopping» und sagte: «Wir erwarten von der Bildungsdirektion Taten gegen das Poldi-Hopping und gegen den Lehrermangel generell.» Roger Schmidinger (SVP, Urdorf) fügte an: «Die Kinder sollten nicht jedes Jahr eine andere Lehrperson haben.»

Die Ratsmehrheit kritisierte, der Regierungsrat habe es verpasst, rasch durch eine Gesetzesvorlage Abhilfe zu schaffen. Eine Lösung wäre gemäss Raffaela Fehr (FDP, Volketswil), dass Poldis, die eine Ausbildung an der PHZH beginnen, nicht nur mit Unterrichtspensen von höchstens 40 Prozent weiter an

Schulen arbeiten könnten. Eine andere Lösung schlug Rafael Mörgele (SP, Stäfa) vor: Er plädierte dafür, die Teilzeitausbildung von Quereinsteigern an der PHZH finanziell zu unterstützen. Denn die Aussicht, während der Ausbildung höchstens einen 40-Prozent-Lohn zu haben, schrecke oft ab.

Bildungsdirektorin Steiner sagte zur Forderung nach einer raschen Gesetzesvorlage: «In der Gesetzgebung geht es meistens nicht rasch. Und wenn es rasch geht, kommt es meistens nicht gut heraus.» Immerhin habe die PHZH berufsbegleitende Ausbildungen für Poldis vereinfacht. Steiner räumte aber ein, es sei «kein Zuckerschlecken», diese mit einem Arbeitspensum von maximal 40 Prozent zu verbinden.

## Tödlicher Streit: Polizei nimmt vier Jugendliche fest

**Kriminalität** Die Polizei hat vier Jugendliche festgenommen, die im Mai 2023 an einer Auseinandersetzung in Zürich beteiligt gewesen sein sollen. Dabei fiel ein Mann in die Limmat und starb. Bei den Festgenommenen handelt es sich um drei Jugendliche aus der Schweiz sowie einen Jugendlichen aus Serbien im Alter von 17 Jahren, wie die Oberjungenanwaltschaft des Kantons Zürich am Montag mitteilte. Sie stehen im Verdacht, am 13. Mai 2023 an einer Auseinandersetzung in der Nähe der Schiffstation Landesmuseum beteiligt gewesen zu sein. Dabei fiel ein Mann in die Limmat und starb. Laut einer Polizeimeldung von damals handelte es sich dabei um einen 32-jährigen Marokkaner. Die anderen an der Auseinandersetzung beteiligten Personen ergriffen die Flucht. Hinweise aus der Bevölkerung und umfangreiche Ermittlungen führten die Polizei zu den Jugendlichen. Ihre genaue Rolle sowie der Tatablauf sind Gegenstand der laufenden Untersuchungen der Jugendanwaltschaft. (sda)

## 37-Jähriger stirbt bei Autounfall

**Effretikon** Ein 37-jähriger Autofahrer ist bei einem Selbstunfall in Effretikon ums Leben gekommen. Das Auto stürzte wohl schon am Sonntagabend in die Kempt. Gemäss Mitteilung der Polizei fuhr das Auto in einer Rechtskurve geradeaus, kollidierte mit einem Gartenzaun, durchbrach das Gebüsch und stürzte zwei Meter tief in den Fluss. Gefunden wurde es erst am Montag gegen 7 Uhr durch Passanten. Weil es sich um einen Tesla handelte, mussten Spezialisten den Stromkreis des Wagens unterbrechen, bevor die Bergung beginnen konnte. (sda)

## Die SVP ergreift das Referendum gegen die Asyl-Bildungsvorlage

Vorläufig Aufgenommene sollen weiterhin fünf Jahre warten, bis sie im Kanton Zürich ein Stipendium für eine Ausbildung beantragen können. Dies fordert die SVP. Sie hat am Montag bekannt gegeben, das Referendum gegen die Streichung der Wartezeit einzureichen.

Am Montag entschied der Kantonsrat mit 97 zu 76 Stimmen in zweiter Lesung, die Wartezeit für Ausländerinnen und Ausländer mit Status F zu streichen. Die Nein-Stimmen kamen von SVP/EDU und FDP.

In Kraft treten kann die Vorlage bis auf weiteres aber nicht: Noch vor der Abstimmung gab die SVP bekannt, die Streichung der Wartezeit mit dem Referendum zu bekämpfen.

Man dürfe den Standort Zürich für Asylbewerber nicht noch attraktiver machen, begründete die SVP diesen Schritt. «Bei Aus-

ländern mit Status F handelt es sich um Personen, die zur Ausreise verpflichtet sind und nur so lange bleiben dürfen, bis die Ausreise möglich ist», sagte Tobias Infortuna (SVP, Egg). «Sie werden nie mehr zurückkehren, wenn sie sofort Stipendien erhalten.»

## Unterschriften sammeln ist gar nicht nötig

Unterschriften sammeln muss die SVP für das Referendum nicht zwingend. Falls sie das Kantonsratsreferendum ergreift, genügen bereits die Unterschriften ihrer eigenen Fraktion. Für das Kantonsratsreferendum sind 45 Unterschriften nötig, der SVP-Fraktion gehören 46 Kantonsrätinnen und Kantonsräte an.

Auf der linken Ratsseite kam die Ankündigung schlecht an. «Die SVP will alles tun, damit

Integration nicht gelingt und sie ihr Süppchen weiter kochen kann», sagte Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich). «Alle wissen, dass 90 Prozent der vorläufig Aufgenommenen langfristig in der Schweiz bleiben.» Sie müssten deshalb integriert werden.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) kritisierte, dass die SVP Ressentiments gegenüber Minderheiten schüre, «wie es sich für eine nationalistische Partei gehört». «Sie wollen, dass diese Menschen irgendwo in einem Asylheim warten, bis sie zurückgeschafft werden.»

## Nachhilfestunden bei Christoph Blocher

Die SP empfahl der SVP-Fraktion zudem, Nachhilfe bei ihrem eigenen alt Bundesrat Christoph Blocher zu nehmen. Dieser habe im Jahr

2008 in seiner Funktion als Justizminister eingeführt, dass auch vorläufig Aufgenommene eine «Integrationspflicht» hätten. «Dass man Menschen mit Status F integrieren soll, war also Blochers Erfindung», sagte Alan David Sangines (SP, Zürich).

Auch inhaltlich sei das Referendum sinnlos. «Heute werden die Ausbildungskosten einfach von den Gemeinden über die Sozialhilfe bezahlt», sagte Sangines weiter. Mit der Streichung der Wartezeit würde der Kanton diese Kosten von Beginn an übernehmen.

Das Streichen der Wartezeit dürfte den Kanton gemäss Bildungsdirektion rund 3 bis 4 Millionen Franken pro Jahr kosten. Aktuell gibt es knapp 300 Menschen mit Status F, die von der neuen Regelung profitieren könnten. (sda)

## Das Zehnfingersystem wird in der Schule nicht obligatorisch

**Kantonsrat** Das perfekte Beherrschen einer Computertastatur wird an der Zürcher Volksschule nicht Teil des Lehrplans: Der Kantonsrat hat am Montag eine entsprechende SVP-Motion mit 121 Nein- zu 50 Ja-Stimmen abgelehnt. Schnelles und fehlerfreies Schreiben gehöre zu den Basics der Berufswelt, begründete SVP-Kantonsrätin Sandra Bossert die Motion. «Es ist unwahrscheinlich, dass die Tastatur als Eingabebform in Kürze verschwinden wird. Trotz KI müssen immer noch Texte getippt werden.»

Die anderen Parteien hielten jedoch nichts vom Vorstoss. «Das Anliegen kommt einige Jahre zu spät», sagte Raffaela Fehr (FDP, Volketswil). Ihr aktuelles Votum beispielsweise habe sie dem Computer diktiert, der den Text dann selber geschrieben habe. «Und für die Interaktion gibt es ChatGPT.» Die FDP würde lieber mehr in den

Deutschunterricht investieren als ins Zehnfingersystem. Auch für die EVP ist die Tastatur heute eine Eingabemethode unter vielen. Diskussionen über Zehnfingersystem, Nationalhymnen und Geschichtsunterricht, die von der SVP gerne angestossen würden, hätten im Kantonsrat aber ohnehin nichts verloren. Dafür sei der Bildungsrat zuständig, sagte Hanspeter Hugentobler (Pfäffikon).

Auch Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) ist der Ansicht, dass die Bedeutung des Zehnfingersystems in den letzten Jahren «deutlich abgenommen» hat. «Die blinde, perfekte Beherrschung der Tastatur muss deshalb auch nicht Ziel der Volksschule werden.» Aktuell ist das möglichst effiziente Bedienen der Tastatur in mehreren Fächern der Volksschule ein Thema. Das Zehnfingersystem ist aber kein eigenes Schulfach. (sda)